Tagesordnung der 22. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr

Donnerstag, 11.07.2019, 17:00 Uhr

im Kleinen Sitzungssaal im Kreishaus Heinsberg

Öffentlicher Teil

1. Hochwasser und Wasserqualität
   Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.04.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung sowie Ergänzungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 05.06.2019:
   Hochwassergefahr an der Rur

1.1. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung:
   Wassermessungen an Rur und Wurm im Kreis Heinsberg

2. Mobilität
   Konzeption zur MultiBus-Erweiterung der Bedienzeiten ab Fahrplan 2020

2.1. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 31.03.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung:
   Fahrplanstudie nutzen - MultiBus attraktiver gestalten und so fit für die Zukunft machen

2.2. Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 25.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung:
   Sachstandsbericht zu den Mobilstationen für E-Mobilität

3. Klimaschutz im Kreis Heinsberg
   Bericht der Verwaltung zum Klimaschutzkonzept für den Kreis Heinsberg

3.1. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung sowie Ergänzungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 14.06.2019:
   Klimavorbehalt im Kreis Heinsberg

3.2. Anregung der Jusos Kreis Heinsberg betr. "Ausrufen des Klimanotstandes"

3.3. Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 26.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung:
   Prozess des Kohleausstiegs

4. Bericht der Verwaltung

5. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

6. Bericht der Verwaltung

7. Anfragen

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0100/2019

Hochwasser und Wasserqualität
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.04.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung sowie Ergänzungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 05.06.2019:
Hochwassergefahr an der Rur

Beratungsfolge:	
11.07.2019	Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Mit Schreiben vom 02.04.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, beantragt die CDU-Kreistagsfraktion nach § 5 der Geschäftsordnung, der Ausschuss für Umwelt und Verkehr möge die Verwaltung beauftragen,

1. Kontakt mit dem Wasserverband Eifel-Rur aufzunehmen, um Verbesserungen für die Anwohner an der Rur zu erreichen,

   und

2. die Mitglieder der Verbandsversammlung, die von kreisangehörigen Städten und Gemeinden delegiert sind, für dieses Thema zu sensibilisieren.

Ergänzend zum Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.04.2019 beantragt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN mit Schreiben vom 05.06.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, die Verwaltung möge veranlassen, dass zur Umweltausschusssitzung am 11.07.2019 eine/ein Vertreterin/Vertreter des Wasserverbandes Eifel-Rur zum Thema Hochwassergefahr an der Rur berichtet und für weitere Fragen zur Verfügung steht.

Die Anträge der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.04.2019 und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 05.06.2019 sind der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr als Anlagen beigefügt.

Hinsichtlich der dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.04.2019 vorangestellten Fragen wird die Verwaltung in der Ausschusssitzung Stellung nehmen. Außerdem hat die Verwaltung bereits Kontakt mit dem Wasserverband Eifel-Rur aufgenommen. Die Teilnahme einer/eines Vertreterin/Vertreters wurde vom Wasserverband Eifel-Rur zugesagt.

TOP Ö 1

CDU

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

Fraktion im Kreistag Heinsberg

CDU-Kreistagsfraktion • Valkenburger Str. 45 • 52525 Heinsberg

Geschäftsstelle: Zimmer 125
Telefon: 0 24 52 / 13 – 17 10 o. 1711
Telefax: 0 24 52 / 13 – 17 15
E-Mail: CDU-Fraktion@kreis-heinsberg.de

Datum: 02.04.2019

z.K.: Fraktionen im Hause

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Umwelt & Verkehr des Kreises Heinsberg
Herrn Franz-Michael Jansen
An der Vogelstange 7
52511 Geilenkirchen

Antrag gemäß § 5 GeschO: Hochwassergefahr an der Rur

Sehr geehrter Herr Jansen,

in den Gebieten des Kreises direkt an Rur und Wurm ist aktuell zum wiederholten Male Hochwassergefahr gegeben. Unter anderem in Karken und Ophoven sind Keller von Wassereintritt bedroht. In der Anwohnerschaft wächst der Wunsch nach entsprechenden präventiven Hochwasserschutzmaßnahmen.

Um ein umfassendes Bild der Hochwasserschutzsituation an der Rur zu erhalten hat die CDU-Kreistagsfraktion Heinsberg einen Fragenkatalog entworfen. Wir bitten die Verwaltung um Beantwortung dieser Fragen:

1. **Trifft es zu, dass der Kreis Heinsberg in den vergangenen Monaten Flächen in der Rurniederung und Wurmniederung gekauft hat, die für Renaturierungsmaßnahmen in diesen Bereichen vorgehalten werden?**

2. **Kann es durch die Renaturierungsmaßnahmen zu einer veränderten Grundwassersituation kommen und hierdurch zu Grundwassereintritt in Kellern bei Häusern in den anliegenden Ortschaften.**

3. **Wie kann diese Gefahr minimiert oder verhindert werden?**

4. **Welche Möglichkeiten gibt es, Einfluss auf das Talsperrenmanagement des Wasserverbandes zu nehmen, um die Überflutungsgefahr durch vermehrtes Ablassen von Talsperrenwasser bei gleichzeitiger angespannter Hochwasserlage durch erhöhte Niederschläge zu verhindern?**

5. **Sind bauliche Maßnahmen auf beiden Seiten der Rur geplant, um die Ausbreitung von Hochwasser in die Ortsbereiche hinein zu verhindern?**

Nach Auffassung der CDU-Kreistagsfraktion Heinsberg kann auch ein optimiertes Talsperrenmanagement Abhilfe bzw. Linderung schaffen.

Auch wenn der Kreis Heinsberg selbst derzeit keinen Delegierten in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur entsendet, sind in dessen Gremien doch Mitglieder einiger Städte und Gemeinden des Kreises vertreten.

Gleichzeitig bitten wir daher zudem folgende Beschlussfassung herbeizuführen: Die Verwaltung wird aufgefordert,

1. **Kontakt mit dem Wasserverband Eifel-Rur aufzunehmen, um Verbesserungen für die Anwohner an der Rur zu erreichen.**

2. **Die Mitglieder der Verbandsversammlung, die von kreisangehörigen Städten und Gemeinden delegiert sind, für dieses Thema zu sensibilisieren.**

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Reyans Fraktionsvorsitzender	Erwin Dahlmanns stellv. Vorsitzender	Harald Schlößer stellv. Vorsitzender

TOP Ö 1

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Kreis Heinsberg

Kreistagsfraktion
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg
Tel. 02452/131730
Fax 02452/131735

Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
www.gruene-kv-heinsberg.de

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für
Umwelt und Verkehr
Herrn Franz-Michael Jansen
An der Vogelstange 7
52511 Geilenkirchen

5. Juni 2019

Fraktionen im Kreistag z. K.

Ergänzung zum Antrag der CDU-Fraktion vom 2.4.19
hier: Hochwassergefahr an der Rur

Sehr geehrter Herr Jansen,

im o. g. Antrag fordert die CDU-Fraktion die Verwaltung auf, Kontakt mit dem Wasserverband Eifel Rur (WVER) aufzunehmen und die kommunalen Mitglieder der Verbandsversammlung für das Thema zu sensibilisieren.
Da einige Fragen aus diesem Antrag ohnehin vom WVER beantwortet werden müssen, der Kreis den Kontakt vor dem Beschluss schon herstellen muss, halten wir es für sinnvoll, eine/n Vertreter*in des Wasserverbandes zur nächsten Umweltausschusssitzung im Juli einzuladen. So könnten Fragen aller Ausschussmitglieder beantwortet werden.

Wir beantragen daher, zur Umweltausschusssitzung am 11.7.19 den WVER zum Thema Hochwassergefahr an der Rur berichten zu lassen und für weitere Fragen zur Verfügung zu stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Horst
Umweltpolitischer Sprecher

Sofia Tillmanns
Fraktionsgeschäftsführerin/
Kreistagsabgeordnete

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0127/2019

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung: Wassermessungen an Rur und Wurm im Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:	
11.07.2019	Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Mit Schreiben vom 26.06.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, beantragt die SPD-Kreistagsfraktion gemäß § 5 der Geschäftsordnung, der Fachausschuss möge die Verwaltung beauftragen, 1/4-jährliche Wassermessungen an Rur und Wurm im Kreis Heinsberg im Hinblick auf

- Nitratgehalt (nach der Ausbringung von Gülle in den Frühjahrsmonaten)
- Abwasserpilz
- Antibiotika und Rückstände von Arzneimitteln
- Pflanzenschutzmittel (Pestizide, Herbizide, Neonikotinoide, Insektizide etc.)
- Plastikrückstände

vorzunehmen und dem Ausschuss hierüber zu berichten.

Über den als Anlage der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr beigefügten Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.06.2019 ist in der Sitzung zu beraten und zu beschließen.

TOP Ö 1.1

SPD-Fraktion im Kreistag
des Kreises Heinsberg

26. Juni 2019

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Umwelt & Verkehr des Kreises Heinsberg
Herrn Franz-Michael Jansen
An der Vogelstange 7
52511 Geilenkirchen

Antrag gemäß § 5 GeschO
Wassermessungen an Rur und Wurm im Kreis Heinsberg

Sehr geehrter Herr Jansen,

an beiden Flüssen treten im Kreis Heinsberg nicht nur Hochwasser auf, die den Anwohnern*innen Sorgen machen. Vielmehr stellt sich uns die Frage, wie es sich mit der Beschaffenheit des Wassers an beiden Flüssen verhält.

Um uns im Ausschuss einen Überblick zu verschaffen, beantragen wir 1/4-jährliche Messungen im Hinblick auf

- Nitratgehalt (nach der Ausbringung von Gülle in den Frühjahrsmonaten)
- Abwasserpilz
- Antibiotika und Rückstände von Arzneimitteln
- Pflanzenschutzmittel (Pestizide, Herbizide, Neonikotinoide, Insektizide, Insektizide etc.)
- Plastikrückstände

Es möge beschlossen werden, dass die Verwaltung entsprechende Schritte in die Wege leitet. Dem Ausschuss ist hierüber zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Ralf Derichs
Fraktionsvorsitzender

gez.
Waltraud Kurth
Kreistagsabgeordnete

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0105/2019

Mobilität
Konzeption zur MultiBus-Erweiterung der Bedienzeiten ab Fahrplan 2020

Beratungsfolge:	
11.07.2019	Ausschuss für Umwelt und Verkehr

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 12.03.2019 fand über die von der Verwaltung gemeinsam mit der WestVerkehr GmbH erstellte Konzeption zur MultiBus-Erweiterung der Bedienzeiten ab Fahrplan 2020 unter TOP 3.2 eine kurze Aussprache statt. Der Fachausschuss verständigte sich in der Sitzung darauf, die Beschlussfassung über die weitreichendere Erweiterung der Bedienzeiten des MultiBus-Systems gemäß dem Konzept auf die nächste Ausschusssitzung zu vertagen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr beschließt die weitreichendere Erweiterung der Bedienzeiten des MultiBus-Systems im Kreis Heinsberg gemäß dem vorliegenden Konzept als verkehrliche Maßnahme zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans Kreis Heinsberg zum Fahrplan 2020 unter dem Vorbehalt, dass die anstehenden Nachprüfverfahren abgeschlossen sind, sonst entsprechend später.

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0102/2019

Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 31.03.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung: Fahrplanstudie nutzen - MultiBus attraktiver gestalten und so fit für die Zukunft machen

Beratungsfolge:	
11.07.2019	Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Mit Schreiben vom 31.03.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, beantragt die FDP-Kreistagsfraktion nach § 5 der Geschäftsordnung, der Fachausschuss möge die weitreichendere Erweiterung der Bedienzeiten des MultiBus-Systems im Kreis Heinsberg gemäß dem zur Ausschusssitzung am 12.03.2019 vorliegenden Konzept als verkehrliche Maßnahme zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans Kreis Heinsberg zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit folgenden Ergänzungen beschließen:

1. Die Korridore des MultiBus-Systems werden aufgegeben, alle Fahrten des MultiBusses im Kreis Heinsberg werden als Direktverbindung angeboten.

2. Die Durchführung des MultiBus-Angebotes erfolgt algorithmusbasiert.

3. Das erweiterte und neu konzipierte Leistungsangebot wird durch umfangreiche Marketingaktionen unterstützt.

Der Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 31.03.2019 mit entsprechendem Beschlussvorschlag an den Fachausschuss ist der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr in der Anlage beigefügt. Über den vorgenannten Antrag der FDP-Kreistagsfraktion ist in der Sitzung zu beraten und zu beschließen.

TOP Ö 2.1

FDP-Fraktion im Kreistag des Kreises Heinsberg

- Fraktionsvorstand -

FDP-Kreistagsfraktion * Valkenburger Str. 45 * 52525 Heinsberg

An den Vorsitzenden

des Ausschusses für Umwelt und Verkehr

Franz-Michael Jansen

- Im Hause -

Geschäftsstelle:
Kreishaus, Raum 120
Valkenburger Straße 45
D-52525 Heinsberg
Telefon: 0 24 52 / 13-17 50
Telefax: 0 24 52 / 13-17 55
E-Mail: fdp-fraktion@kreis-heinsberg.de

Nachrichtlich zur Kenntnis:

Kreistagsfraktionen

Heinsberg, 31.03.2019

Fahrplanstudie nutzen – MultiBus attraktiver gestalten und so fit für die Zukunft machen; Antrag gemäß § 5 GeschO der FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 12.03.2019 wurde unter TOP 3.2 der Antrag der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Erstellung einer Fahrplanstudie für den MultiBus behandelt. Die Entscheidung über den Beschlussvorschlag, ein gegenüber dem aktuellen Angebot weitreichenderes Bedienungskonzept (So-Do bis 0:30 Uhr und Fr. und Sa bis 2:00 Uhr) zu realisieren, wurde zurückgestellt. Es wurde jedoch deutlich, dass die Ausschussmitglieder die weitreichendere Version favorisieren.

Vor diesem Hintergrund stellt die FDP-Fraktion für die nächste Fachausschusssitzung den folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr beschließt die weitreichendere Erweiterung der Bedienzeiten des MultiBus-Systems im Kreis Heinsberg gem. dem zur Ausschusssitzung am 12.03.2019 vorliegenden Konzept als verkehrliche Maßnahme zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans Kreis Heinsberg zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit folgenden Ergänzungen:

1. Die Korridore des MultiBus-Systems werden aufgegeben, alle Fahrten des MultiBus im Kreis Heinsberg werden als Direktverbindung angeboten.

2. Die Durchführung des MultiBus-Angebotes erfolgt algorithmusbasiert.

3. Das erweiterte und neu konzipierte Leistungsangebot wird durch umfangreiche Marketingaktionen unterstützt.

Begründung:

1. Derzeit wird das MultiBus-Konzept als Ergänzung des herkömmlichen ÖPNV in Form eines On-Demand Verkehrs über sogenannte Korridore abgewickelt. Innerhalb der einzelnen Korridore erfolgt die Beförderung mit einem Fahrzeug. Liegt das Fahrtziel jedoch in einem anderen Korridor als dem Startkorridor, ist ein Umstieg an einem Verknüpfungspunkt in einen anderen MultiBus oder in ein anderes ÖPNV-Angebot wie z. B. die DB, zwingend. Umstiege und ihre Häufigkeit sind wesentliche Zugangshindernisse für die ÖPNV-Nutzung. Daher ist es zur Verbesserung der MultiBus-Nutzung zielführend, die Anzahl der notwendigen Umstiege auf ein Minimum zu reduzieren. Um dies zu erreichen, soll die Verwaltung des Kreises gemeinsam mit der West Verkehr GmbH als Betreiber des MultiBusses in die vorgesehene Fahrplanstudie auch die Aufgabe der Korridore einbeziehen und alle MultiBusfahrten innerhalb des Kreises Heinsberg als Direktverbindung anbieten. Diese Maßnahme leistet nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Verkehrssicherheit, sondern macht auch den im Kreisgebiet aufgrund fehlender Direktverbindungen vielfach noch notwendigen Individualverkehr (z. B. „Mama-Taxi“ bzw. „Papa-Taxi“) zum Teil entbehrlich.

2. In der Sitzung des Ausschusses am 12.03.2019 teilte der Geschäftsführer der West Verkehr GmbH auch mit, dass das Leistungsangebot MultiBus voraussichtlich ab April 2019 auch über eine App-basierte Version im Internet zugänglich sein wird. Die FDP-Fraktion begrüßt diese Entwicklung ausdrücklich. Zur weiteren Optimierung und wirtschaftlichen Verbesserung sind aber Änderungen des Konzeptes unerlässlich, wie sie in einigen Kommunen in Deutschland (Hamburg, Duisburg, Wittlich) bereits erfolgreich realisiert wurden. Dort wird der On-Demand Verkehr auf Basis eines Algorithmus durchgeführt, der unter Berücksichtigung der Fahrtziele aller im Fahrzeug befindlichen Fahrgäste und der im Fahrtverlauf erfolgenden Anmeldungen die jeweils schnellste Route ermittelt. Dadurch bedingt, ist eine Anmeldung 60 Minuten vor Fahrtbeginn wie beim MultiBus nicht mehr nötig, das System teilt dem Kunden mit, wann er abgeholt wird. Ist eine Abholung innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne (z. B. 20 Minuten) nicht möglich, teilt das System dem Kunden auch dies mit. Damit stellt sich der ÖPNV auf das Mobilitätsbedürfnis des Kunden ein und nicht mehr umgekehrt. Ein weiteres Zugangshemmnis wird damit reduziert.

3. Das so verbesserte Angebot soll durch umfangreiche Marketingmaßnahmen nachdrücklich beworben werden.

Die Umsetzung dieser Änderungen im Rahmen der vorgesehenen Fahrplanstudie verknüpft im Sinne des Leitbildes für den Kreis Heinsberg die Ziele des Umweltschutzes mit der Förderung des ÖPNV, dem praxisorientierten Einsatz der Digitalisierung und leistet einen Beitrag zur Verkehrssicherheit. Die Beförderung unter einer Linienbuskonzession attraktiviert den ÖPNV und schafft neue Verbindungen. Die Umsetzung soll spätestens zum 01.01.2020 erfolgen. Falls das OLG Düsseldorf in Auslegung des EuGH-Urteils zur Direktvergabefähigkeit vom 21.03.2019 entscheidet, dass die ÖPNV-Leistungen im Kreis Heinsberg ausgeschrieben werden müssen, soll der MultiBus in der vorstehend beschriebenen, geänderten Form Bestandteil der Ausschreibung werden.

Vielen Dank im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

für die FDP-Kreistagsfraktion Heinsberg

Wolfgang Orth

Sprecher für Umwelt

Stefan Lenzen

Fraktionsvorsitzender

Dr. Klaus J. Wagner

Stv. Fraktionsvorsitzender

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0124/2019

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 25.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung:
Sachstandsbericht zu den Mobilstationen für E-Mobilität

Beratungsfolge:	
11.07.2019	Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Mit Schreiben vom 25.06.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, beantragt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN nach § 5 der Geschäftsordnung, folgenden Punkt auf die Tagesordnung des Umweltausschusses zu setzen:

“Sachstandsbericht zu den Mobilstationen für E-Mobilität“

Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 25.06.2019 ist der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr in der Anlage beigefügt.

TOP Ö 2.2

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Kreis Heinsberg

Kreistagsfraktion
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg
Tel. 02452/131730
Fax 02452/131735

Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
www.gruene-kv-heinsberg.de

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für
Umwelt und Verkehr
Herrn Franz-Michael Jansen
An der Vogelstange 7
52511 Geilenkirchen

25.6.2019

Fraktionen im Kreistag z. K.

Antrag nach § 5 GeschO zur Beratung im Umweltausschuss
Mobilstationen für E-Mobilität

Sehr geehrter Herr Jansen,

wir bitten, folgenden Punkt auf die Tagesordnung des Umweltausschusses zu setzen:
„Sachstandsbericht zu den Mobilstationen für E-Mobilität".

Zum Klimaschutz und zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen gehört auch die Förderung der E-Mobilität.
Der Geschäftsführer der WestVerkehr GmbH, Herr Winkens, hatte 2016 erstmals und 2018 in einer Fortschreibung im Umweltausschuss die Mobilstationen vorgestellt. Der Plan war, zunächst die Bahnhöfe Erkelenz, Heinsberg und Geilenkirchen als Mobilitätsstationen einzurichten. Eine Verknüpfung der Angebote unter dem Aspekt der E-Mobilität sollten mit berücksichtigt werden.
Wir bitten um einen Sachstandsbericht zur Bewilligung von Fördergeldern und Umsetzung der Stationen in den einzelnen Kommunen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Horst
Umweltpolitischer Sprecher

Sofia Tillmanns
Fraktionsgeschäftsführerin/
Kreistagsabgeordnete

Erläuterungen

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0125/2019

Klimaschutz im Kreis Heinsberg
Bericht der Verwaltung zum Klimaschutzkonzept für den Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:	
11.07.2019	Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Die Verwaltung wird in der Ausschusssitzung zum Thema “Klimaschutzkonzept für den Kreis Heinsberg“ berichten.

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0119/2019

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung sowie Ergänzungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 14.06.2019: Klimavorbehalt im Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:	
11.07.2019	Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Mit Schreiben vom 11.06.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, beantragt die CDU-Kreistagsfraktion nach § 5 der Geschäftsordnung, der Fachausschuss möge folgenden Beschluss fassen:

Der Kreis Heinsberg berücksichtigt bei Handlungen der Verwaltung und Beschlüssen der politischen Gremien des Kreises auch die Erfordernisse des Klima- und Umweltschutzes.

Ergänzend zum Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2019 beantragt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN mit Schreiben vom 14.06.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, der Fachausschuss möge folgenden Beschluss fassen:

1. Die für den Kreis zuständige Klimamanagerin stellt im nächsten Umweltausschuss eine Liste von konkreten Maßnahmen vor, die zeitnah umgesetzt werden können. Sie erhält Unterstützung durch eine zusätzliche Stelle.

2. Die Verwaltung berichtet jährlich über die eingesparten Mengen an CO2.

3. Es wird zusätzlich ein Klimabeirat gegründet, der die im Klimaschutzplan vorgestellten Maßnahmen begleitet und ggfs. Korrekturen vorschlägt. Er sollte sich im Wesentlichen aus den Akteuren zusammensetzen, welche die Vorschläge zum Klimaschutzplan eingereicht haben.

4. Da Klimaschutz nicht nur regional, sondern immer global gesehen werden muss, sind mehr Anstrengungen erforderlich, was faire Beschaffung und Vergaben betrifft. Dazu arbeitet der Kreis mit der LAG 21 Beratung und Nachhaltigkeitskonzepte (z. B. Nachhaltigkeitshaushalt) https://www.lag21.de/leistungen/kommunalberatung/ und der Servicestelle der Kommunen für die Eine Welt SKEW SDG https://skew.engagement-global.de/global-nachhaltige-kommune.html zusammen. Dort werden kostenlose Beratungen in Sachen Nachhaltigkeit und globaler Verantwortung angeboten.

Die Anträge der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.06.2019 und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 14.06.2019 sind der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr in der Anlage beigefügt.

Über die vorgenannten Anträge der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN ist in der Sitzung zu beraten und zu beschließen.

TOP Ö 3.1

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

Fraktion im Kreistag Heinsberg

Kreis Heinsberg

CDU-Kreistagsfraktion • Valkenburger Str. 45 • 52525 Heinsberg

Geschäftsstelle: Zimmer 125
Telefon: 0 24 52 / 13 – 17 10 o. 1711
Telefax: 0 24 52 / 13 – 17 15
E-Mail: CDU-Fraktion@kreis-heinsberg.de

Datum: 11.06.2019

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt & Verkehr
Herrn Franz-Michael Jansen
An der Vogelstange 7
52511 Geilenkirchen

z.K.: Fraktionen im Hause

Antrag gemäß § 5 GeschO für die Ausschusssitzung am 11.07.2019: Klimavorbehalt im Kreis Heinsberg

Sehr geehrter Herr Jansen,

der Klimaschutz und der Erhalt der Lebensgrundlagen der Menschen spielt weltweit eine immer größere politische Rolle. Nicht nur auf globaler Ebene, sondern auch regional spielen Fragen des Umweltschutzes und des Klimaschutzes eine immer wichtigere Rolle.

Die Menschen wünschen sich, dass Politik und Verwaltung bei all ihrem Handeln Fragen des Klima- und Umweltschutzes beachten. Erste Schritte in diese Richtung ist der Kreis Heinsberg bereits in den vergangenen Jahren bei energetischen Sanierungen kreiseigener Gebäude gegangen. Zu erwähnen ist insbesondere aber auch das im Dezember 2017 veröffentlichte „Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept“ des Kreises Heinsberg; ferner bekennt sich der Kreis auch durch das im Jahre 2018 beschlossenen Leitbild ausdrücklich zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie zur Weiterentwicklung und Umsetzung der Nutzung regenerativer Energien sowie des Klimaschutzkonzeptes.

Die CDU-Fraktion im Kreistag Heinsberg möchte für den Kreis Heinsberg die Beachtung von Fragen des Klima- und Umweltschutzes sowie der Nachhaltigkeit des Handelns des Kreises weiter festschreiben und hält hierzu einen politischen Beschluss zum Klimavorbehalt im Kreis Heinsberg für notwendig. Mittels dieses Klimavorbehalts sollen künftig politische Entscheidungen und Verwaltungshandeln auch daran ausgerichtet werden, dass sie die Erfordernisse des Klima- und Umweltschutzes berücksichtigen.

Daher ***beantragt*** die CDU-Fraktion im Kreistag Heinsberg folgende Beschlussfassung herbeiführen zu lassen,

> **Der Kreis Heinsberg berücksichtigt bei Handlungen der Verwaltung und Beschlüssen der politischen Gremien des Kreises auch die Erfordernisse des Klima- und Umweltschutzes.**

mit freundlichen Grüßen

Erwin Dahlmanns Fraktionsvorsitzender	Martin Kliemt Geschäftsführer	Lukas Bleilevens Geschäftsführer

TOP Ö 3.1

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN im Kreis Heinsberg

Kreistagsfraktion
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg
Tel. 02452/131730
Fax 02452/131735

Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
www.gruene-kv-heinsberg.de

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für
Umwelt und Verkehr
Herrn Franz-Michael Jansen
An der Vogelstange 7
52511 Geilenkirchen

14.6. 2019

Fraktionen im Kreistag z. K.

Ergänzungsantrag zum CDU-Antrag vom 11.6.19 „Klimavorbehalt im Kreis Heinsberg“ zur Beratung im Umweltausschuss am 11.7.19

Sehr geehrter Herr Jansen,

die CDU-Fraktion hat beantragt, dass der Kreis bei Handlungen der Verwaltung und Beschlüssen der politischen Gremien auch die Erfordernisse des Klima- und Umweltschutzes berücksichtigt. Hierzu möchten wir folgenden Ergänzungsantrag stellen, m. d. B. um Beratung und Beschluss am 11.7.19.

Durch die Verabschiedung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes hat sich Politik und Verwaltung bereits längst verpflichtet, die Erfordernisse des Klima- und Umweltschutzes zu berücksichtigen. Angesichts der neuen Zahlen und Entwicklungen, dass die Reduktionsziele der Bundesregierung (Emissionsminderung bis 2020 um 40 % und 80 bis 95 % bis 2050) überhaupt nicht mehr einzuhalten sind und dass die Erderwärmung fortschreitet, ist jetzt mehr Engagement und schnelleres Handeln erforderlich. Dazu müssen im Klimaschutzplan Priorisierungen vorgenommen werden, die bereits vor 2025 realisiert werden.

Da die Beseitigung von Folgen des Klimawandels immer viel teurer ist als vorsorgliches Handeln, muss der Kreis jetzt investieren, um nachfolgenden Generationen die Lasten nicht aufzubürden. Für eine zügigere Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes ist mehr Personal erforderlich, auch um die Zusammenarbeit mit den Kommunen auszubauen.

Daher beantragen wir:

1. Die für den Kreis zuständige Klimamanagerin stellt im nächsten Umweltausschuss eine Liste von konkreten Maßnahmen vor, die zeitnah umgesetzt werden können. Sie erhält Unterstützung durch eine zusätzliche Stelle.

2. Die Verwaltung berichtet jährlich über die eingesparten Mengen an CO2.

3. Es wird zusätzlich ein Klimabeirat gegründet, der die im Klimaschutzplan vorgestellten Maßnahmen begleitet und ggfs. Korrekturen vorschlägt. Er sollte sich im Wesentlichen aus den Akteuren zusammensetzen, welche die Vorschläge zum Klimaschutzplan eingereicht haben.

4. Da Klimaschutz nicht nur regional, sondern immer global gesehen werden muss, sind mehr Anstrengungen erforderlich, was faire Beschaffung und Vergaben betrifft. Dazu arbeitet der Kreis mit der LAG 21 Beratung und Nachhaltigkeitskonzepte (z.B. Nachhaltigkeitshaushalt) https://www.lag21.de/leistungen/kommunalberatung/ und der Servicestelle der Kommunen für die Eine Welt SKEW SDG https://skew.engagement-global.de/global-nachhaltige-kommune.html zusammen. Dort werden kostenlose Beratungen in Sachen Nachhaltigkeit und globaler Verantwortung angeboten.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Horst
Umweltpolitischer Sprecher

Sofia Tillmanns
Fraktionsgeschäftsführerin/
Kreistagsabgeordnete

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0118/2019

Anregung der Jusos Kreis Heinsberg betr. "Ausrufen des Klimanotstandes"

Beratungsfolge:	
19.06.2019	Kreistag
11.07.2019	Ausschuss für Umwelt und Verkehr

In der Kreistagssitzung am 19.06.2019 wurde einstimmig beschlossen, die Beratung und Beschlussfassung über die Anregung der Jusos Kreis Heinsberg gemäß § 16 der Hauptsatzung des Kreises Heinsberg betr. “Ausrufen des Klimanotstandes“ in die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 11.07.2019 zu vertagen.

Die Anregung der Jusos Kreis Heinsberg ist der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr in der Anlage beigefügt.

TOP Ö 3.2

Eg. 7.6.19
1. Ch

JUSOS

Jusos Kreis Heinsberg | Martin-Luther-Straße 1b | 41836 Hückelhoven

An
Den Landrat des Kreises Heinsberg Herrn Pusch
Den Kreistag Heinsberg

Jusos Kreis Heinsberg
Martin-Luther-Straße 1b
41836 Hückelhoven
info@jusos-kreis-heinsberg.de

Anregung nach §21 KrO NRW: Ausrufen des Klimanotstandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Mensch hat einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die Erwärmung der Erde muss begrenzt werden, die Weltgemeinschaft hat in Paris 2015 dazu einen klaren Zielkorridor definiert. Dieser völkerrechtliche Vertrag muss nun auch auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden, denn der "Klimanotstand ist bittere Realität" wie der neue 25. Klimabericht der UNO Ende März 2019 konstatiert. Die Mehrheit der Menschen sieht den Klimawandel lt. einer internationalen Studie 2018 (PEW Studie 2018) als größte Bedrohung für die Sicherheit und den globalen Wohlstand an.

Der Klimawandel macht auch vor dem Kreis Heinsberg nicht halt. Dürreperioden und Extremwetterlagen wie die des vergangenen Jahres machen auch den Landwirten, der Wirtschaft, den Tieren und Pflanzen, sowie den Menschen in unserer Region zu schaffen. Die Anstrengungen des Kreises Heinsberg und den ihm angehörenden Kommunen müssen verstärkt und beschleunigt werden, um das Pariser Klimaschutzabkommen auf kommunaler Ebene umzusetzen.

Wir treten daher mit folgender Anregung an Sie heran:
Der Kreistag Heinsberg:

- erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an
- erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5 Grad Celsius zu begrenzen
- fordert die Kreisverwaltung auf ein Konzept zur Verringerung der umweltbelastenden Faktoren über alle den Kreis betreffenden Aufgabenfelder zu erstellen. Das Konzept soll eine Rückkoppelung mit den Städten und Gemeinden umfassen.
- fordert den Landrat auf, dem Kreistag und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten und daraus Konsequenzen zu ziehen

mit freundlichen Grüßen
für die Jusos Kreis Heinsberg

Kleinsteuber	Torben Seer	I. Bernhardt
Lars Kleinsteuber Vorsitzender	Torben Seer stellv. Vorsitzender	Iris Bernhardt stellv. Vorsitzende

Sitzung: öffentlich Vorlage: 0126/2019

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 26.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung:
Prozess des Kohleausstiegs

Beratungsfolge:	
11.07.2019	Ausschuss für Umwelt und Verkehr
17.09.2019	Kreisausschuss
01.10.2019	Kreistag

Mit Schreiben vom 26.06.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, beantragt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN nach § 5 der Geschäftsordnung, der Fachausschuss möge dem Kreisausschuss und dem Kreistag nachfolgenden **Beschlussvorschlag** empfehlen:

Der Kreistag Heinsberg fordert Bundestag und Bundesregierung auf, umgehend politische und soweit wie möglich auch rechtliche Klarheit über den Prozess des Kohleausstiegs zu schaffen, um das von der Bundesrepublik ratifizierte Klimaschutzabkommen von Paris (2015) zu erfüllen. Dabei geht es im ersten Schritt vor allem um die gesetzlich zu verankernde Abschaltung abgeschriebener Altanlagen mit hohem Emissionsfaktor und die im Gegenzug ebenfalls gesetzlich zu verankernde Bereitstellung von entsprechenden Strukturhilfen und Anpassungsgeldern für die in der Braunkohle Beschäftigten. Darüber hinaus sind alle Aktivitäten im Vorfeld des Braunkohleabbaus einzustellen, die Fakten für den Abbau schaffen und einem Kohleausstieg zuwiderlaufen könnten. Das gilt insbesondere für Umsiedlungen und Grundabtretungen gegen den Willen der Betroffenen, die weitere Zerstörung der Dörfer, der Infrastruktur und des Hambacher Waldes sowie für die Errichtung neuer, dem Bergbau direkt oder indirekt dienender Infrastruktur. Die regionalen Abgeordneten werden aufgefordert, sich in diesem Sinne in Berlin einzusetzen.

Über den als Anlage der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr beigefügten Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.06.2019 ist in der Sitzung zu beraten und zu beschließen.

TOP Ö 3.3

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN im Kreis Heinsberg

Kreistagsfraktion
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg
Tel. 02452/131730
Fax 02452/131735

Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
www.gruene-kv-heinsberg.de

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für
Umwelt und Verkehr
Herrn Franz-Michael Jansen
An der Vogelstange 7
52511 Geilenkirchen

26.6.2019

Fraktionen im Kreistag z. K.

Antrag nach § 5 GeschO zur Beratung und Beschließung im Umweltausschuss

Sehr geehrter Herr Jansen,

die nächste Umweltausschusssitzung am 11.7.19 wird sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Klimaschutz befassen, so Ihre Ankündigung in der letzten Kreistagssitzung.
Wir meinen, dass hierzu insbesondere die Kohlverstromung gehört. Dabei nehmen wir gerne den Vorschlag von Markus Söder auf, der sagte: „Die deutschen Klimaziele sind bis 2030 nur zu erreichen, wenn wir den Kohleausstieg massiv beschleunigen."

Der Kreis Heinsberg als unmittelbar vom Braunkohleabbau Betroffener sollte daher u. E. aktiv werden, damit der seit vier Monaten vorliegende Kohleausstiegsplan endlich umgesetzt wird.
Aus diesem Grund möchten wir einen Appell an den Bundestag und an die Bundesregierung richten, den der Kreistag beschließen soll.
Da die nächste Kreistagssitzung erst im Oktober stattfindet, bitten wir um Beratung und Beschluss in der Fachausschusssitzung am 11.7.19. Anschließend werden die Unterschriften der Fraktionsvorsitzenden eingeholt, um die Resolution noch vor der Sommerpause nach Berlin zu senden.

<u>Beschlussvorschlag:</u>
Der Kreistag Heinsberg fordert Bundestag und Bundesregierung auf, umgehend politische und soweit wie möglich auch rechtliche Klarheit über den Prozess des Kohleausstiegs zu schaffen, um das von der Bundesrepublik ratifizierte Klimaschutzabkommen von Paris (2015) zu erfüllen. Dabei geht es im ersten Schritt vor allem um die gesetzlich zu verankernde Abschaltung abgeschriebener Altanlagen mit hohem Emissionsfaktor und die im Gegenzug ebenfalls gesetzlich zu verankernde Bereitstellung von entsprechenden Strukturhilfen und Anpassungsgeldern für die in der Braunkohle Beschäftigten. Darüber hinaus sind alle Aktivitäten im Vorfeld des Braunkohleabbaus einzustellen, die Fakten für den Abbau schaffen und einem Kohleausstieg zuwiderlaufen könnten. Das gilt insbesondere für Umsiedlungen und Grundabtretungen gegen den Willen der Betroffenen, die weitere Zerstörung der Dörfer, der Infrastruktur und des Hambacher Waldes sowie für die Errichtung

neuer, dem Bergbau direkt oder indirekt dienender Infrastruktur. Die regionalen Abgeordneten werden aufgefordert, sich in diesem Sinne in Berlin einzusetzen.

Begründung:

Die schnelle Abschaltung von Kohlekraftwerken ist der einzige und gleichzeitig der einfachste Weg, die vereinbarten Klimaziele zu erreichen. Demgegenüber ist es ungleich schwieriger, die CO2-Emissionen in den anderen Sektoren wie Verkehr, Haushalte und Industrieprozesse kurzfristig zu senken.

Seit über vier Monaten liegt der Abschlussbericht der Kohlekommission vor, doch bis heute fehlen eindeutige Erklärungen der Bundesregierung und insbesondere der sie tragenden Fraktionen und damit des Bundestags insgesamt, dass der Kohleausstieg kommt und der Bericht der Kommission die Basis für dessen Umsetzung ist. Im Gegenteil: Bei Parlamentsdebatten, in Erklärungen, Briefen etc. sprechen sich zahlreiche Koalitionsabgeordnete explizit gegen die Umsetzung des Abschlussberichtes und einen Kohleausstieg grundsätzlich aus. Die Bundesregierung selbst plant, das angekündigte Kohleausstiegsgesetz aufzuspalten und den die Braunkohle betreffenden Teil deutlich nach hinten in das Jahr 2020 zu verschieben. Bis heute hat die Bundesregierung noch keine ernsthaften Gespräche mit RWE über die Abschaltung von Kohleblöcken geführt. Gleichzeitig warten im Rheinischen Revier sowohl Bergbaubetroffene als auch Beschäftigte auf klare Signale von Bundesregierung und Koalition, während RWE tagtäglich Fakten schafft, als gäbe es den Kohleausstieg nicht.

Die im Abschlussbericht der Kohlekommission von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Milliardenhilfen zur Bewältigung des Strukturwandels sind eine große und vor allem eine einmalige Chance für die Region. Diese wird es nicht geben, wenn nicht jetzt auch die Abschaltung von Braunkohlekraftwerken, so wie im Bericht festgelegt, angegangen wird. Deshalb sollte die Region jetzt ihre Chance nutzen und auf einen konsequent umgesetzten Kohleausstieg drängen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Horst
Umweltpolitischer Sprecher

Jörg van den Dolder
Stellvertr. Fraktionsvorsitzender